



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/18 - 21. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 896

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach Blüchers Rückkehr	S. 1
Ebene Wunschliste für Washington	S. 3
Die neue Phase der Pankower Wehrpolitik	S. 5
Schulgeldfreiheit in NRW - ein Erfolg der SPD	S. 7

Die Bundesrepublik und Indien

sp. Ein wertvolles Geschenk, das der Vizekanzler der Bundesrepublik, Blücher, von seiner zweiwöchigen Indienreise mitbrachte, ist die Gewissheit, dass der indische Ministerpräsident Nehru in diesem Sommer die Bundesrepublik besuchen wird. Von Nehru weiss man, dass ihm die Frage der deutschen Wiedervereinigung sehr am Herzen liegt. In dem abschliessenden Communiqué heisst es,

"der indische Ministerpräsident gab der Hoffnung Ausdruck, es möge bald zwischen den beteiligten Parteien eine Verständigung über die friedliche Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands in Übereinstimmung mit den Wünschen des deutschen Volkes erzielt werden."

Das ist, aus diesem Munde, mehr als eine Höflichkeitsfloskel, es ist der Ausdruck einer tiefen Überzeugung!

Die Reise Blüchers nach Indien wurde in der deutschen Öffentlichkeit allgemein begrüsst. Sie war der erste offizielle Staatsbesuch aus der Bundesrepublik in einem Lande, das im Begriff ist, in die Reihe der Weltmächte aufzurücken. Das zeigt auch ein Blick auf die letzte Vergangenheit, in der ausser den Herren des Kremls der jugoslawische Staatschef sowie der neue Herr Ägyptens das zum Mekka politischer Touristen gewordene Neu-Delhi besuchten. Als nächster Gast wird der amerikanische Aussenminister erwartet, um bei dieser Gelegenheit vielleicht auch das Porzellan zu kitten, das durch seine unglücklichen Feststellungen in der Zeitschrift "Life" zerschlagen wurde.

Und noch ein Gast hatte in den letzten Monaten seine Füsse auf indischen Boden gesetzt, der Wirtschaftsminister der Sowjetzonenre-

gierung Rau. Dieser für die Bundesrepublik alarmierende Besuch war wohl der äussere Anlass zu dem Entschluss, einen massgebenden Vertreter Bonn's gleichfalls nach Indien zu entsenden, um zu verhindern, dass man in Neu-Delhi ausschliesslich aus ostzonaler Sicht mit der deutschen Problematik vertraut gemacht werde. In dieser Hinsicht sind leider grosse Versäumnisse während der Vergangenheit zu verzeichnen. Die einseitige Bindung der Bundesrepublik an den Westen schuf einen Vorhang, der den Blick auf diese neu erwachende, um Geltung und Anerkennung ringende Welt trübte. Die Horizonte auch der westdeutschen Politik hatten sich in bedenklicher Weise verengt, und es war höchste Zeit, dass ein Vorstoss in diesen weiten Subkontinent von ständig wachsendem politischen Einfluss unternommen wurde.

Nach dem, was hier über den Verlauf der Reise des Vizekanzlers und seine dabei abgegebenen Erklärungen bekannt geworden ist, hat sich Blücher dieser delikaten Aufgabe mit Geschick entledigt. Über eine grundlegende Schwierigkeit kam er freilich nicht hinweg. Er vertrat ein Land, das sich in seiner Aussenpolitik einseitig auch zur militärischen Zugehörigkeit zu einem der grössten Machtblöcke bekennt hat, und er tat das in einem Lande, das diese Politik gegeneinander gerichteter Staaten-Gruppen als verhängnisvoll und gefährlich ansieht. Blücher legte die Ansichten der Bundesregierung recht ausführlich dar, er hatte mehrere vielstündige Unterredungen mit dem indischen Ministerpräsidenten. In der deutschen Presse hat man über den konkreten Inhalt dieses Meinungsaustausches wenig erfahren. Aufschlussreich war dafür, was die halb-offizielle "Hindustan Times" schrieb:

"Was Deutschland betrifft, so sind die asiatischen Länder allgemein der Ansicht gewesen, dass es nach zwei verhängnisvollen Niederlagen künftig eine Politik der Nichtverpflichtung betreiben würde, die sich eindeutig aus allen militärischen Bündnissen heraushält."

Aus früheren Erklärungen Nehru's weiss man, dass dies auch seine Auffassung ist. So gesehen konnte zwischen Blücher und dem indischen Premier kein Brückenschlag erfolgen.

Dessen ungeachtet bleibt der Aufenthalt des westdeutschen Vizekanzlers in Indien sicher ein bedeutsamer Vorgang, der lange nachwirken wird, und der dazu angetan ist, über Versäumnisse der Vergangenheit hinweg eine gute Grundlage für eine engere Zusammenarbeit der beiden Staaten, insbesondere auf dem Gebiete des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs zu schaffen. Die Frage, ob Indien nicht im Zuge seiner Neutralitätspolitik und um die wirtschaftlichen Beziehungen mit beiden Teilen Deutschlands pflegen zu können, früher oder später auch diplomatische Beziehungen zu Parkow aufnehmen wird, blieb einstweilen unbeantwortet.

Nahost - Mittelpunkt britischer Sorgen

E.A.-London

Vier gemischte Kommissionen arbeiten zur Zeit in London und Washington Entwürfe für die Besprechungen zwischen Premierminister Eden und Präsident Eisenhower aus. Die Probleme, die behandelt werden, betreffen europäische Fragen, den Mittelosten, den Fernosten und Wirtschaftshilfe für unterentwickelte Länder.

Schon jetzt steht fest, dass Sir Anthony und der Präsident am ersten Tage Europa, insbesondere Deutschland und NATO, besprechen werden. Die deutsche Wiedervereinigung wird man nur kurz berühren, London und Washington möchten das Problem ruhen lassen und abwarten, ob Bonn in Gesprächen mit dem russischen Botschafter usw. neue Möglichkeiten finden kann, um über deutsche Wiedervereinigung wieder ins Gespräch zu kommen.

Mehr wird Sir Anthony über den deutschen Beitrag zur NATO vorzutragen haben. Nachdem der Ministerrat der NATO im Dezember beschlossen hatte, ein vereintes Luftoberkommando und ein Radar-Warnungssystem für Europa zu schaffen, ist man in London besorgt, dass Grossbritannien zu viel Aufwendungen für diese Pläne machen müsse. Nach Londoner Ansicht sollte die Bundesrepublik sich nicht damit begnügen, ihre Armee von 500.000 Mann aufzustellen, sondern sollte auch einen entsprechenden Anteil der Kosten für die Infrastruktur der NATO tragen.

Das brennendste Problem der Gespräche dürfte der Nahe Osten abgeben. Es kann keine Rede mehr von einer baldigen Erweiterung des Bagdad-Paktes sein. Die britische Diplomatie hat sich die Finger in Transjordanien verbrannt. Es besteht die Gefahr, dass der britenfreundliche junge König Hussein der antibritischen Strömung zum Opfer fallen wird. Saudi-Arabien und Ägypten versuchen, den britischen Einfluss in Transjordanien nun völlig auszuschalten. Um solchen Entwicklungen entgegenzutreten zu können, hat die britische Regierung Fallschirmjäger nach Zypern entsandt - und die Evakuierung der alten Mittel-Ost-Basis am Suezkanal verlangsamt.

In Zukunft möchte sich Grossbritannien deshalb damit begnügen, die militärische Stärke der bereits dem Bagdadpakt angehörenden Länder auszubauen und eine aktivere amerikanische Hilfe für diese Aufgabe

zu erlangen. Zugleich sollten die Amerikaner ihren Einfluss in Kairo und in Saudiarabien dahin geltend machen, die Gegnerschaft der Araberwelt gegen den Bagdadpakt langsam zu überwinden. Vor allem sollte Washington dazu überredet werden ^{durchzusetzen,} dass die Dollar, die ARAMCO für die saudi-arabischen Ölkonzessionen zahlt, nicht zu antibritischer Propaganda verwendet werden dürften.

Israel und Fernost

Sir Anthony beabsichtigt ferner, in Washington darauf zu dringen, dass gemeinsam ein starker Druck auf Israel ausgeübt werden sollte, um es zu einer friedlichen Regelung des Konflikts mit der Araberwelt geneigter zu machen. Nach Londoner Ansicht sollte Israel Konzessionen machen, um Frieden schliessen zu können, denn die Zeit arbeite nicht für Israel. Eine der Konzessionen sollte darin bestehen, den arabischen Flüchtlingen in Transjordanien die Rückkehr in ihre Heimat zu gestatten. Washington hat bisher die israelitische Auffassung geteilt, dass man die Flüchtlinge mit Finanzentschädigungen abfinden könne, ohne einzusehen, dass die Rückkehr nach Palästina eine Prestigefrage für die Araber darstellt.

Die Fernostwünsche bestehen darin, dass Grossbritannien die Achtung von strategischen Exporten nach China aufgehoben sehen möchte. Der Embargo auf 400 strategische oder potentiell strategische Güter bedeutet eine ärgerliche Behinderung des britischen Handels, vor allem, da der Embargo sowieso nicht wirksam ist und von einer Reihe von Ländern umgangen wird. In weitergezogenem Rahmen betrachtet verhindert der Embargo eine realistische Chinesepolitik, da er die Chinesen zwingt, mehr als ihnen lieb sein mag, auf sowjetische Zufahren und Hilfe zurückzufallen. Aber weder in der Embargofrage noch im Drängen auf ein Falllassen der unrealistischen Formosapolitik wird Sir Anthony einen starken Druck ausüben können. Immerhin braucht er einige aussenpolitische Erfolge, um von den Fehlschlägen seiner innenpolitischen Massnahmen abzulenken. Seine zahlreichen Gegner im Torylager werden nur solange schweigen, als er sein Prestige als bester Sprecher der Nation im In- und Auslande aufrechterhalten kann.

"Volksarmee" und Zonenbevölkerung

E.Z., Berlin

Die Proklamierung der "Kasernierten Volkspolizei" zu einer "Nationalen Volksarmee" hat, mag sie auch zunächst keine faktische Änderung gegenüber der bisherigen Lage bedeuten, die seit der Genfer Aussenministerkonferenz verbreitete Depression in den Kreisen der Sowjetzonenbevölkerung weiter verstärkt. Man erblickt in diesem Pankower Schritt eine Bestätigung dafür, dass die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit vorläufig ad acta gelegt worden ist. Umso mehr richtet sich der Blick des Sowjetzonenvolkes nach Bonn, von wo es eine Initiative zu einer Auflockerung der versteiften Situation erwartet.

Die Tatsache, dass in den letzten Monaten die Regierung Adenauer nichts unversucht liess, um die Aufstellung westdeutscher NATO-Einheiten so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen, wird als ein Zeichen dafür gewertet, dass die Bonner Regierung in ihrer politischen Taktik ohne Rücksichtnahme auf die psychologische Lage in der Sowjetzone vorgeht und nicht davor zurückschreckt, durch Schaffung von Tatsachen der Pankower Regierung einen Anlass zu geben, die eigenen Wünsche auf militärischem Gebiet zu realisieren. Das hat nichts mit der Tatsache zu tun, dass die SED-Regierung schon seit Jahren einen militärischen Apparat auf die Beine gestellt hat. In der psychologisch so schwierigen Lage der Sowjetzonenbevölkerung, die von Jahr zu Jahr immer von der Hoffnung geleitet hat, dem Westen werde es durch eine kluge Politik doch gelingen, die Vertiefung der Spaltung Deutschlands zu verhindern, musste die offizielle Sanktionierung der Tatbestände auf militärischem Gebiet niederschmetternd wirken.

Warum noch keine Wehrpflicht?

In massgebenden Kreisen von Ostberlin aber ist man mit dem Volkskammer-Gesetz über die "Nationale Volksarmee" keineswegs glücklich. Die in linientreuen SED-Kreisen erwartete Verkündung der Wehrpflicht ist ausgeblieben und hat zu Fragen nach den Gründen für eine solche Unterlassung Anlass gegeben.

Da ist zunächst die schwierige wirtschaftliche Lage der Sowjet-

zone, die ihren Ausdruck in der sehr offenen Diskussion des 25. ZK-Plenums fand, welche allerdings nicht veröffentlicht wurde. Die von der Pankower Regierung gegenüber dem Ausland eingegangenen Exportverpflichtungen machen es unmöglich, durch Einberufung einiger Jahrgänge die prekäre Lage auf dem Arbeitskräftesektor noch weiter anzuspannen. Finanzierungsorgen kamen hinzu. Wie aus dem FDGB-Bundesvorstand bekannt wird, trugen sich das ZK der SED und die Pankower Regierung zunächst mit dem Gedanken, die notwendigen Gelder durch Erhöhungen der Beiträge für die Sozialversicherung zu beschaffen. Man schreckte jedoch davor einstweilen zurück. Andererseits ist es kein Geheimnis, dass die sich auf Sperrkonten der Deutschen Notenbank befindlichen Guthaben westdeutscher Bürger und ausländischer Staatsangehöriger bereits seit einiger Zeit für Rüstungszwecke verwendet werden. Auch die in der Zone liegenden ausländischen Betriebe, die grösstenteils beträchtliche Gewinne einbringen, sollen für solche Finanzierungsaufgaben besonders herangezogen worden sein.

Gegen die sofortige Einführung der Wehrpflicht spricht aber, dass ein solcher Schritt zur Verstärkung des Flüchtlingsstromes führen müsste, was sich wiederum auf die sowjetzonale Produktion verhängnisvoll auswirken würde. Dass 1955 über 80 000 männliche Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren nach Westberlin flüchteten hat schon wie ein Schock gewirkt.

Schliesslich spielen wohl auch gewisse Moskauer Bedenken gegen die sofortige Einführung der Wehrpflicht in der Sowjetzone eine Rolle. Sie seien, so heisst es, vor allem durch eine notwendige Rücksichtnahme auf Prager und Warschauer Ressentiments gegen eine solche Wehrpflicht und die damit verbundene Verstärkung des sowjetzonalen Militärpotentials bestimmt.

Nordrhein-Westfalen zog nach

G.M. Düsseldorf

Nach einem fast sechsjährigen Kampf der sozialdemokratischen Fraktion hat sich jetzt die von der CDU, FDP und dem Zentrum gebildete Regierungsmehrheit im Düsseldorfer Landtag veranlasst gesehen, ein Gesetz über die Schulgeldfreiheit im Lande Nordrhein-Westfalen anzunehmen. Es ist ein öffentliches Geheimnis, dass die nicht sozialdemokratischen Parteien sich nur auf Grund der Landesverfassung von 1950 zu diesem Schritt verstanden haben, die grundsätzlich die Schulgeldfreiheit verankerte, das Nähere aber einem Landesgesetz vorbehielt.

Mit Beginn des neuen Schuljahres 1956 werden also die drei Oberklassen der höheren und die beiden oberen Stufen der Mittelschulen sowie alle Klassen der Abendgymnasien ohne Zahlung von Schulgeld besucht werden können. Die volle Schulgeldfreiheit wird jedoch erst am 1. April 1960 eintreten. Die Hochschulen des Landes sind in dieser Regelung nicht inbegriffen. Die Gemeinden oder Kreise werden als Schulträger für ihren Einkommensausfall vom Lande entschädigt werden. Die jährlichen Gesamtkosten für die volle Schulgeldfreiheit werden auf 65 Millionen DM geschätzt. Die jetzt erreichte erste Phase wird 11 Millionen erfordern.

Entgegen sozialdemokratischen Wünschen werden durch das neue Gesetz zunächst die Eltern der älteren Schüler bevorzugt. Die SPD hatte sich für einen prozentualen Abbau des Schulgeldes oder für den Beginn der Kostenbefreiung von den unteren Klassen an aufwärts eingesetzt, um einige Jahre früher als jetzt für eine Besserung der Begabtenauslese zu sorgen, denn auf diesem Sektor bleibt noch besonders viel zu tun übrig. Man sollte sich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass gerade jetzt in der USA mit Besorgnis das Missverhältnis im zahlenmäßigen Wachsen der russischen gegenüber der amerikanischen Intelligenzschicht diskutiert wird. In dieser Entwicklung sollte man eine Warnung sehen und wirklich alles Menschenmögliche tun, die geistige Leistungskraft und den allgemeinen Bildungsstand unserer Jugend zu steigern. Deshalb ist es auch unverständlich, dass die Regierung bisher keinerlei wirksame Anstrengungen in der Frage der Lernmittelfreiheit unternommen hat. Das ist ein weiterer unerlässlicher Schritt auf dem Wege, eine sehr viel breitere Bildungsschicht zu schaffen, als sie heute zur Verfügung steht.